AGB/CGIL: Tel. 0471/926411 - Fax: 0471/926449 - altoadige@cgil-agb.it <<





Im nationalen Vergleich muss sich Südtirols Lehrpersonal glücklich schätzen. Doch auch hierzulande ist die Politik aufgerufen, die notwendigen Reformen durchzuführen und den Bedürfnissen der Lehrpersonen entgegenzukommen.

"Nicht alle Lehrpersonen befinden sich in der glücklichen Lage, bereits das bevorstehende Schuljahr vorzubereiten", bedauern Sabine Giunta und Anna Rabensteiner von der Gewerkschaft für Bildungswesen (FLC-GBW) im Allgemeinen Gewerkschaftsbund (AGB-CGIL).

In ganz Italien sei die Lage des Bildungswesen dramatisch: "Tausende von Suppleantinnen und Suppleanten sind dank der Rosskur von Bildungsministerin Mariastelle Gelmini und Wirtschaftsminister Giulio Tremonti arbeitslos und ohne jegliche soziale Abfederung", so Giunta und Rabensteiner.

Dabei dürften sich die Lehrpersonen in Südtirol noch glücklich schätzen. Rabensteiner: "Während auf dem restlichen Staatsgebiet das Bildungswesen durch die Sparmaßnahmen der Regierung kurz vor dem Kollaps steht, spürt Südtirol diese radikalen Kürzungen nur in einem geringen Maße. Der Autonomie unseres Landes sowie der Landesregierung, die weiterhin in Schule und Bildung investiert, verdanken wir unser gut funktionierendes Bildungssystem."

"Südtirol schließt sich dem europäischen Trend, der in Forschung, Innovation und in jüngere Generationen investiert pflichtet Giunta ihr bei, "und wirkt der Entfremdung der Bildung und der Wissenschaft entgegen."

Doch trotz all dieser positiven Aspekte dürfe man nicht verges-



Die Anforderungen an die Lehrpersonen werden immer höher, gehen weit über die reine Lehrtätigkeit hinaus und haben eine unweigerliche Erhöhung der Arbeitsbelastung zur Folge.

sen, dass auch Südtirols Schulwelt verschiedensten Problemen gegenüberstehe.

Rabensteiner und Giunta erklären: "Die jüngsten Meldungen über den Mangel an Zweitsprachenlehrpersonal waren nicht gerade erfreulich. Anreize, wie etwa mehr Punkte auf der Rangliste, sind hier keine sinnvolle Lösung. Die Anforderungen an die Lehrpersonen werden immer höher, gehen weit über die reine Lehrtätigkeit hinaus und haben eine unweigerliche Er-höhung der Arbeitsbelastung zur Folge, der das Land nur mit zusätzlichen finanziellen Mitteln entgegenwirken kann."

Zum Thema der anstehenden Neuordnung und Reform der Oberstufe würden noch etliche Fragen offen stehen: "Wie wird der Verteilungsplan der Schulen aussehen? Welche Fachrichtungen wird es in Zukunft noch geben?", fragen sich die Gewerkschaftsvertreterinnen fordern die "noch immer ausständige, auf Daten und Erhebungen fundierte, Diskussion über die Zukunft der Lehranstalten. Schulen also, die immerhin hunderte von Schülerinnen und Schülern bis zum Diplom begleitet haben".

Sabine Giunta und Anna Rabensteiner (v.l.) von der Gewerkschaft für Bildungswesen (FLC-GBW): "In Südtirols ist vieles besser, aber auch hier muss das Bildungssystem einige Veränderungen treffen."

Wichtig sei in erster Linie, dass sämtlichen Schülerinnen Schülern gleiche Bildungschancen angeboten und zugesichert würden. "Daher erwarten wir uns, dass die zehnjährige Schulpflicht in allen Schularten ernst genommen wird.

Rabensteiner und Giunta sprechen sich entschieden gegen eine Reduzierung der Unterrichts-stunden aus: "Wie sollen die Schü-lerinnen und Schüler lernen, sich in einer globalisierten und facettenreichen Arbeitswelt zu bewegen, wenn Fächer wie Rechtskunde gestrichen werden? Gerade diese Kompetenzen sollten heute nicht zu kurz kommen."

Als "größtes Sorgenkind" bezeichnen sie jedoch die Ausbildung des Lehrpersonals: "Seit Jahren gibt es weder Wettbewerbe noch Spezialisierungsschulen. Lehrpersonen, die schon lange Zeit unterrichten, aber nicht ins Ausland können, um das Lehramt zu absolvieren, wird jegliche Möglichkeit zu einer Stammrollstelle genommen", kritisieren sie. Man habe sich bereits stark gemacht: "Es muss ein Weg gefunden werden, um der Schule kompetente Lehrpersonen zuweisen zu können und den Suppleantinnen und Suppleanten eine Lebensplanung zu ermöglichen."

## **EINKAUFSZENTRUM: JA ODER NEIN?**

Maurizio Surian, Generalsekretär der Landesgewerkschaft für Handel, Fremdenverkehr und Dienstleistungen (LHFD-FILCAMS) im Allgemeinen Gewerkschaftsbund (AGB-CGIL) spricht sich dezidiert gegen ein Einkaufszentrum in Bozen aus: "Eines ist sicher. Bozen benötigt kein Einkaufszentrum in der Größenordnung von zwanzig- oder dreißigtausend Quadratmeter. Es ist eine Illusion, zu glauben, dass dadurch die Preise sinken. Diese hängen nämlich von zahlreichen Faktoren ab, wie etwa die Grundstücks- und Mietpreise, die Personalkosten und die Kosten für den Warentransport.

In Südtirol sind Grundstücks- und Mietpreise ohnehin hoch und es gibt nur einige wenige Unternehmer, die sämtliche benötigten Immobilien stellen können. Deshalb verlangen sie auch übermäßig hohe Preise dafür. Die Politik hätte hier schon lange eine Lösung suchen müssen, anstatt Probleme zu ignorieren.

Wenn ein Einkaufszentrum realisiert werden soll, darf es nicht den üblichen Großhandelsketten überlassen werden. Vielmehr müssen die Voraussetzungen für eine gesunde Konkurrenz geschaffen werden. Dazu gehört auch ein Projekt zur Aufwertung der Stadtviertel und der dortigen Handelstätigkeit. Bei den neuen Stadtviertel Firmian und Casanova ist deutlich zu sehen, dass dies versäumt wurde. Wollen wir diese Art von Stadtvierteln? Sieht so die neue Stadt aus?

Ein Einkaufszentrum bedeutet auch Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen. Dieser Aspekt mag für Politiker und Unternehmer von geringer Bedeutung sein, nicht aber für die betroffenen Beschäftigten, darunter sehr viele Frauen. In diesem Zusammenhang könnte künftig auch gefordert werden, dass auch Banken, Landesund Gemeindeämter, Kindergärten und Kindertagesstätten oder Postämter wenigstens bis Samstag Abend geöffnet bleiben, damit Personen, die in den Einkaufszentren arbeiten, diese Dienstleistungen in Anspruch nehmen können.

Spätestens hier stellt sich die Frage: Sind wir alle so großzügig und altruistisch, auf unsere Freizeit zu verzichten – zum Wohle der Anderen?

